

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden
Post & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Uhlhorn, Dresden.

Aboabonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerichts monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen, jährlich 4.00 M. unter Streuband für Deutschland und Österreich zugem 22. 6.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Berliner Platz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Berliner Platz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abfertige werden die Tagespresse-Potizei mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Abfertige müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorher zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 162.

Dresden, Montag den 15. Juli 1918.

29. Jahrg.

Ein feindlicher Angriff bei Bpern.

wb. (amtlich) Großes Hauptquartier, den
15. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Güdelowlich von Bpern griff der Feind gestern früh nach einer Feuerbereitung an und brang in geringer Distanz in unser Artigebäude ein. Beiderseits der Bde tagüber Artilleriebeschuss; sie lebte am Abend auch an der übrigen Front auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zwischen Aisne und Marne blieb die Geschütztätigkeit lebhaft. Deutsche Infanteriegruppen südlich von St. Pierre-Méjean und im Saverne-Gebiete.

Deutschland übernahm seinen 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Lüdemann.

Vor der Eröffnung des österreichischen Reichsrats

Von Dr. A. Hofrichter.

Der österreichische Reichsrat soll nach einer mehrmonatigen Pause sich am 16. Juli wieder versammeln. Er war bereits folgefrei und eine parlamentslose Zeit, eine neue Ära beginnt mit prophezeiten worden. Der Kaiser lebte zwar die Mission des bei der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses mithilfenden Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler ab, bestätigte ihn aber zu einem neuen Versuch mit dem Parlament. Bei dieser Entscheidung blieb die kluge Vorsicht mitgetragen haben, nach dem vorzeitigen Abbruch der Offensive in Italien und angesichts der Ernährungsnot nicht alle Ventile zu schließen.

Schon in den nächsten Tagen dürften Fraktionsschlüsse nach Obmännerkonferenzen die Berechtigung der Hoffnung erweisen, daß bei allen Parteien, auch den oppositionellen, das übermächtige Interesse an der parlamentarischen Tribüne den sozialen Geist des rohsten Widerstands im Baume hält. Ist diese Vermutung richtig, so ist Herr v. Seidler schwer bloßgestellt, weil er auf der Jagd nach Übergewichten für eine rüttige Regierung die rechtzeitige Erledigung der Staatsnotwendigkeiten im Parlament hinausgeschoben, statt einfach die Probe aufs Spannholz zu machen. Allerdings haben sich seit Anfang Mai, zu welcher Zeit der Reichsrat eigentlich zusammengetreten sollte, die nationalen und sozialen Gegenseite verschärft und hat der Vergleich auf die italienischen Hoffnungen, die gerade in Österreich so zwingende Autorität der leitenden Personen nicht gefrägt.

Zufrieden mit dem Ministerpräsidenten sind die Deutschstädtler, um eine Nuance weniger die Christlichsozialen, dann noch die Ukrainer. Der Grund ihrer Abhängigkeit ist einfach, daß ihre nationalen Gegner den Ministerpräsidenten verabscheuen und sogar mit dem Antrag auf seine Verziehung in den Aufklageaufstand spielten. Da sind die Tschechen, die der Unterdrückung im allgemeinen und den Ertrag der böhmischen Kreisverordnung im besonderen jammern, dann die Pole, die sich infolge der militärischen Okkupation ihrer Heimat über Galizien beeinigt fühlen, die im Geheimvertrag mit der Ukraine versprochene Teilung des Landes in einen polnischen und einen ukrainischen Kronland aus sätteln beklommen und ganz besonders ihrem großen parlamentarischen Einfluss in Österreich zu einer Lösung des Problems "Kongresspolen" in ihrem Sinne ausbeuteten und durch die österreichische Regierung auch die deutsche zu drücken versuchen. Ganz deutlich traten die Wirkungen dieses Zustandes bei dem Besuch des Grafen Burián in Berlin hervor. Ostentativ ließ er erkennen, daß seine Einwilligung in die geplante Vereinigung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisches von der Zustimmung Deutschlands zur austro-polnischen Lösung abhänge. Da Deutschland mit Russisch-Polen die wichtigsten wirtschaftlichen Beziehungen unterhält, da das Reichsland strategisch von großer Bedeutung ist und daß die Angliederung Kongress-Poles die nationalen Schwierigkeiten Österreich-Ungarns vielleicht noch vermehren sollte und damit die Bündnistüchtigkeit der Donaumonarchie herabsetzen könnte, so will die deutsche Regierung zu dem österreichischen Bündnis nicht ohne weiteres ja und amen sagen.

Es bleibt hier ununtersucht, ob die Angliederung Kongress-Poles an Österreich für das Land selbst ein Vorteil ist. Nur auf zwei wichtige Momente sei hingewiesen: durch die Bildung eines dritten selbständigen Staates neben Österreich und Ungarn im Gesamtgefüge der habsburgischen Monarchie wird notwendig schon aus formalen Gründen ihre Entstehungsfähigkeit und Beweglichkeit bedeutend gemindert. Da Österreich und Ungarn völlig gleichberechtigt sind, so macht es schon heute die größten Schwierigkeiten, diese beiden Staaten mit vielfach auseinandergehenden Interessen auf eine gemeinsame Handelspolitik festzulegen. Gleichzeitig wie die staatliche Konstruktion des neuen österreichischen Staates im einzelnen wäre, es müßte in allen gemeinsamen Angelegenheiten, also v. a. allem in der auswärtigen, in der Finanz- und Handelspolitik, die weitestgehende Rückflucht auf den neuen Partner genommen werden. Die Ungarn wollen über den Radikalwahlkreis der österreichischen Reichshälfte nur entscheiden, wenn ihnen selbst dadurch eine Entschädigung geboten wird, daß die südlawischen Länder einschließlich des alten österreichischen Kronlandes Dalmatien und der Reichshälfte Bosnien und der Herzegovina in irgend einer Form in den ungarischen Staat angegliedert werden. Da die Ungarn schon heute nur die knappe Mehrheit der ungarischen Bevölkerung ausmachen und ihre Vorherrschaft nur

lebt, und das ist unter den obwaltenden Umständen schon ein Gewinn.

Präsident Kramář und tschechisches Staatsrecht.

Wien, 14. Juli. Die Blätter melden aus Prag: Gestern hat die Gründungssitzung des Tschechischen Nationalausschusses stattgefunden, in der Kramář zum Präsidenten gewählt wurde. Der Nationalausschuss beabsichtigt einen Aufruf an das tschechisch-slowakische Volk zu richten, in dem es heißt: Die Aufgabe des tschechisch-slowakischen Volkes liegt in der Arbeit zur Errichtung des Selbstbestimmungsrechts in einem selbständigen, demokratischen tschechisch-slowakischen Staate mit eigener Verwaltung im eigenen Hause und unter eigener Oberherrschaft.

Der Ententevormarsch an der Murmanlinie

Noch wochenlangen militärischen Vorbereitungen hat am 1. Juli der Murmanlücke der Vormarsch und die Ausbreitung der Ententestruppen nunmehr begonnen. Nach russischen Pressemeldungen sollen englisch-amerikanische Truppen den ganzen nördlichen Teil der Murmanbahn bis einschließlich Kermi besetzt haben und verlassen, bis zur Station Tschort vorzurollen. Ferner verlautet, daß infolge Unterbrechung der Bahn Wologda-Dugumma und Truppenmangels die Sowjetbehörden Ufa verlassen haben und sich nach Brest begeben haben.

Laut einem Telegramm aus Petroswodost haben die Befehlshaber der Verbundstruppen an der Murmanlinie, der englische Admiral Kemp, der Franzose de Laguerre und der Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte gemeinsam mit den Gebirgsjägern Proklamationen erlassen, in denen die Besetzung des Gebietes durch Verbundstruppen mit der Notwendigkeit des Schutzes des Verbundseigentums gegen Deutsche und Finnen mit der Bitte der Einwohner um Hilfe gegen finnische Angriffe und mit der Absicht, die Klägergebiete dem zur Zeit ohnmächtigen Russland zu erhalten, begründet wird. In der Proklamation wird die Murmanlinie als Gebiet der Sowjets, das unter dem Schutz des Verbundes steht, und jede Unternehmung gegen dieses als feindliche Handlung gegen den Verbund erklärt.

Rach einer in Wegandrost eingelaufenen Meldung soll General Stiggele zum Befehlshaber über die von Murman aus operierenden verbündeten Streitkräfte ernannt sein. Anfang voriger Woche seien in Wegandrost drei weitere britische Transporter eingelaufen, die neben zwei Regimentern Territorialen mehrere Schwadronen sowie sechs Feldbatterien an Bord hatten. In Kandalatsch, dem Paradiestor des Verbundverbiorous, erhielten, die der Besetzung bei Kermi als notorisch gelten, spricht von einem Pessimismus in Petersburger Kreisen, weshalb der im Umlauf befindlichen Gerüchten von einem unmittelbar bevorstehenden Abbruch der Beziehungen zwischen Russland und der Entente oder England erhöhte Bedeutung beizumessen sei.

Das Journal de Paris bringt eine längere Depesche seines Korrespondenten in Moskau, nach der es Venin geklärt ist, daß von dieser Seite ein erster Schlag gegen das revolutionäre Russland geplant werde. Allgemein sei man der Ansicht, daß man sich am Vorabend eines russisch-brüderlichen Krieges befände. Die Sowjetregierung treffe alle Vorbereiungen, um vor Überraschungen gefangen zu sein. Roboletscherny Tschos, dessen Beziehungen zur englischen Botschaft als notorisch gelten, spricht von einem Pessimismus in Petersburger Kreisen, weshalb der im Umlauf befindlichen Gerüchten von einem unmittelbar bevorstehenden Abbruch der Beziehungen zwischen Russland und der Entente oder England erhöhte Bedeutung beizumessen sei.

Der Zustand der Sozialrevolutionären in Petersburg gilt als beendet. Einzelne Gebäude haben schwere Beschädigungen durch Artilleriefeuer erlitten. Die Lage in Jaroslaw ist ernst. Zwischen Tschjabinsk und Jaroslaw befindet sich die Tschetschenen die Lage. Nur die Reisezeit der Befürderungen sind günstig.

Stockholms Dagblatt berichtet: Savinkow sei einige Tage vor der Ermordung Mirbachs in Gesellschaft des französischen Botschafters Moullens nach Wologda abgereist.

Eine große Gedächtnissfeier soll auf seine Ergreifung ausgesetzt werden.

Rückkehr österreichischer Kriegsgefangener aus Rußland.

Wien, 15. Juli. Der Kriegsminister teilte einer Abordnung mit, daß weiter über eine halbe Million österreichischer Kriegsgefangener aus dem europäischen Russland zurückgeführt sei. Die noch in der Kriegsgefangenschaft befindlichen seien zum größten Teil in Sibirien, von wo aus ein geplanter Rücktransport infolge der noch nicht geläufigen Zustände in Russland zur Zeit unmöglich sei.